



Freitag, 05. April 2019 14h45

MEDIENMITTEILUNG

AUSBILDUNGSOFFENSIVE UND MEHR KOMPETENZEN FÜR DIE PFLEGE

Spitäler, Pflegeheime und Spitex-Organisationen, die Pflegefachpersonen ausbilden, sollen von Bund und Kantonen finanziell stärker unterstützt werden. Auch die angehenden Pflegefachleute selbst sollen finanziell bessergestellt werden. Zudem sollen die Pflegefachleute mehr Kompetenzen erhalten. Dies sind die Eckwerte des indirekten Gegenvorschlags, den die Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit des Nationalrates (SGK-NR) der Volksinitiative «Für eine starke Pflege» gegenüberstellen will.

Nachdem die Kommission im Januar 2019 die Arbeit an einem indirekten Gegenvorschlag im Sinne der **Pa.IV. SGK-NR. Für eine Stärkung der Pflege, für mehr Patientensicherheit und mehr Pflegequalität** (19.401 n) angestossen und im Februar 2019 über die Stossrichtung diskutiert hatte, konkretisierte jetzt die Eckwerte. Demnach sollen die

Kantone den Spitälern, Pflegeheimen und Spitex-Organisationen vorgeben, wie viele Ausbildungsplätze diese für Pflegefachpersonen der höheren Fachschulen (HF) und der Fachhochschulen (FH) bereitstellen. Im Gegenzug sollen sich Bund und Kantone an den ungedeckten Ausbildungskosten der Leistungserbringer beteiligen und die Ausbildungslöhne der angehenden Pflegefachleute HF und FH aufbessern. Die Kosten dieser Ausbildungsoffensive müssen noch genauer berechnet werden, doch dürfte sich der Beitrag des Bundes in einer Grössenordnung von 400 Millionen Franken, verteilt auf acht Jahre, bewegen.

Um die Stellung der Pflegefachpersonen zu stärken, sollen diese namentlich Grundpflegeleistungen auch ohne Anordnung eines Arztes oder einer Ärztin auf Kosten der Grundversicherung erbringen dürfen. Sollten die Pflegekosten überdurchschnittlich steigen, soll der Kanton die Notbremse ziehen und die Zulassung neuer Pflegefachpersonen und Spitex-Organisationen stoppen können. Die Versicherer sollen hingegen nicht auswählen können, mit wem sie zusammenarbeiten wollen. Zum Gegenvorschlag liegt eine Reihe von Minderheitsanträgen vor, die den Forderungen der Pflegeinitiative teils weniger, teils stärker entgegenkommen wollen. Die Kommission, die vor ihren Beratungen breite Anhörungen durchführte, erteilte der Verwaltung mehrere Abklärungsaufträge. Sie will den Vorentwurf Anfang Mai 2019 zu Ende beraten. Anschliessend ist eine Vernehmlassung vorgesehen.

AMBULANT UND STATIONÄR EINHEITLICH FINANZIEREN

Die Krankenkassen und die Kantone sollen Behandlungen einheitlich finanzieren, unabhängig davon ob diese ambulant oder stationär durchgeführt werden. Die Kommission hat eine entsprechende Gesetzesänderung, mit der sie die **Pa.lv. Finanzierung der Gesundheitsleistungen aus einer**

**Hand. Einführung des Monismus (09.528 ; Hum-
bel)** umsetzt, mit 15 zu 7 Stimmen bei 2 Enthaltun-
gen angenommen. Im Lichte der Rückmeldungen
aus der Vernehmlassung kam sie den Kantonen in
mehreren Punkten entgegen. Erstens soll die ein-
heitliche Finanzierung nur zusammen mit der Vor-
lage über die Zulassung von Leistungserbringern (**18.047**) in Kraft treten, die den Kantonen er-
möglichen soll, den ambulanten Bereich stärker zu
steuern. Zweitens soll der Bundesrat den Einbe-
zug der Langzeitpflege in die einheitliche Finan-
zierung vorschlagen, sobald ausreichende Daten
vorliegen. Drittens sollen die Kantone sechs Jahre
Zeit erhalten, um ihren Finanzierungsanteil zu er-
reichen. Dieser Prozentsatz muss noch angepasst
werden, nachdem die Kommission entschieden
hat, die Bruttokosten als Basis zu nehmen, um
Versicherte mit hohen Franchisen nicht zu benach-
teiligen. Er wird so festgelegt, dass die Umstel-
lung auf die einheitliche Finanzierung für die Kan-
tone und die Versicherer insgesamt kostenneutral
ausfällt.

Mit der Vorlage, zu der verschiedene Minderheits-
anträge eingereicht wurden, will die Kommission
die Verlagerung von stationär zu ambulant, soweit
medizinisch sinnvoll, fördern und eine koordinier-
te Versorgung erleichtern. Da ambulante Behand-
lungen in der Regel günstiger sind, wird das Kos-
tenwachstum insgesamt gebremst. Der Bundesrat
erhält nun Gelegenheit, zur Vorlage der Kommissi-
on Stellung zu nehmen. Das Ziel ist, dass die Vor-
lage im Hinblick auf die Herbstsession 2019 für
den Nationalrat behandlungsreif ist.

WEITERE GESCHÄFTE

Die Kommission hat die verbleibenden Differen-
zen beim Geschäft **KVG. Stärkung von Qualität
und Wirtschaftlichkeit (15.083 s)** beraten. Sie
beantragt ihrem Rat, in allen Punkten dem Stän-
derat zu folgen.

Die Kommission empfiehlt dem Bundesrat, die **Ausführungsbestimmungen zur Überwachung von Versicherten** möglichst praxistauglich auszugestalten und auf Vorgaben zu verzichten, die zu unnötiger Bürokratie führen (Bewilligungspflicht nur für externe Spezialisten, kein amtliches Verzeichnis der Bewilligungsinhaber, kein Erfordernis einer unverhältnismässigen Berufserfahrung, keine detaillierte Reglementierung der Aktenvernichtung).

Die Kommission tagte am 4./5. April 2019 in Bern unter der Leitung ihres Präsidenten Thomas de Courten (SVP, BL) und teilweise in Anwesenheit von Bundesrat Alain Berset.

AUTOR



SGK-N

Sekretariat der Kommissionen für soziale Sicherheit und Gesundheit

CH-3003 Bern

www.parlament.ch

sgk.csss@parl.admin.ch

AUSKÜNFTE



Thomas de Courten,
Präsident,
079 320 57 24

Boris Burri,
Kommissionssekretär,
058 322 92 59

Christina Leutwyler,
stv. Kommissionssekretärin,
058 322 94 24